



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Claudia Stamm, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Katharina Schulze, Gisela Sengl, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Verena Osgyan, und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Bericht zur Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag umgehend schriftlich und mündlich einen Bericht über die Umsetzung der Ergebnisse der Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ aus der 15. Legislaturperiode vorzulegen.

Dabei soll insbesondere detailliert auf die Umsetzung der im Abschlussbericht der Enquete-Kommission enthaltenen Handlungsempfehlungen an die Politik eingegangen werden. Die Staatsregierung sollte laut Beschluss der „Jugendenquete“ eigentlich schon in der 16. Legislaturperiode dem Landtag über die Umsetzung der von allen Fraktionen beschlossenen konkreten Empfehlungen für die Jugendpolitik des Freistaats Bayern berichten.

### **Begründung:**

Der Landtag hat in seiner 15. Legislaturperiode auf Antrag der Fraktionen von CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Enquete-Kommission „Jungsein in Bayern – Zukunftsperspektiven für die kommenden Generationen“ eingesetzt. Die Enquete-Kommission hat sich umfassend mit den Schwerpunkten der zukünftigen Jugendpolitik in Bayern auseinandergesetzt. Die Kommission hat nach dreijähriger inhaltlicher Arbeit in ihrem umfangreichen Abschlussbericht vom Juli 2008 in großer politischer Einigkeit konkrete Empfehlungen für die Jugendpolitik in Land und in den Kommunen sowie für die Weiterentwicklung der Angebote der Jugendhilfe, der außerschulischen Jugendbildung, der verbandlichen Jugendarbeit und der Angebote der Offenen Jugendarbeit in Bayern ausgesprochen.

Sechs Jahre nach Vorlage des Abschlussberichts ist es an der Zeit, Bilanz über den Stand der Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen an die Politik zu ziehen. Im Abschlussbericht der Kommission wurde die Staatsregierung aufgefordert, bis zur Mitte der 16. Legislaturperiode dem Landtag über die Umsetzung der Empfehlungen zu erstatten. Diese Berichterstattung ist bisher nicht erfolgt und sollte deshalb umgehend nachgeholt werden.